Eine Stimme für die Jugend

Ein Artikel zur Bundestagswahl 2013

Seit einigen Wochen blicken von jeder Laterne Gesichter auf uns herab. Mit Slogans wie „Das Wir entscheidet“ (CDU) oder „Das Wir gewinnt“ (SPD) wird versucht, um unsere Gunst zu werben. Unsere politische Meinung, unsere Stimme, die insbesondere uns Jugendlichen im Alltag verwehrt bleibt, will auf einmal jede Partei für sich gewinnen. Denn am 22. September sind Bundestagswahlen.

Doch viele von uns dürfen gar nicht wählen. Entweder sind wir zu jung oder wir haben keinen deutschen Pass. Das Desinteresse bei den Wahlen, insbesondere bei jungen Menschen, ist daher groß. Das wird noch durch den besonders faden Wahlkampf verstärkt, in dem Alles und Nichts versprochen wird. Auch ist es mittlerweile zur Volksweisheit geworden, dass die Parteien ihre ohnehin schon niedrigen Wahlversprechen brechen. Bis auf soziale Angriffe. Die sind immer, auch ohne dass sie im Wahlkampf gefordert wurden, gratis mit dabei.

Aber sollte uns das „Kreuzchensetzen“ in der Kabine egal sein? Einer anarchistischen Aktivistin nach schon, die einmal sagte „Wenn Wahlen etwas verändern würden, wären sie verboten“. In einem hat sie Recht: Wahlen können den Kapitalismus, in dem wir leben nicht „überwinden“. Aber sie verändern tatsächlich etwas – nämlich das Kräfteverhältnis der gesellschaftlichen Klassen, die ihren verschleierten Ausdruck in den unterschiedlichen Parteien finden. Oder anders gesagt: Es ist ein Unterschied, ob ein linker Arbeiterkandidat, ein rechter Konservativer oder ein Nazi ins Parlament gewählt werden. Und deshalb rufen wir alle Jugendlichen auf, am 22. September für die LINKE zu wählen. Auch fordern wir das Wahlrecht für alle Jugendlichen über 14 Jahren sowie alle in Deutschland lebenden Migrant*innen!

Nach der Wahl der Langeweile kommt die Regierung des sozialen Angriffs

Diese Wahl erscheint sehr langweilig. Und ja, das ist sie irgendwie auch. Die Wahlplakate sind nichtssagend. Alle, die sich ein wenig für Politik interessieren, wissen schon jetzt, dass die CDU mit ziemlicher Sicherheit die neue, alte Kanzlerin stellen wird. Wenn wir ganz ehrlich sind, scheint das auch kaum eine andere Partei zu stören. Alle akzeptieren es untertänig. Wenn man von ein wenig Wahlkampfpolemik, die in der einen oder anderen Talkshow schon mal sein darf, absieht, kann man sagen, alle Parteien kämpfen um eine Koalition mit der CDU – mit einer Ausnahme: die LINKE.

Der Grund dafür ist, dass nahezu alle großen Parteien die Krisenpolitik Merkels befürworten. Sie steht scheinbar für Stabilität. Doch diese Stabilität, das verschweigen auch SPD und LINKE, ist auf der Abwälzung der Krise auf die südeuropäischen Länder gebaut. Sparpakete und Lohnkürzungen in Südeuropa, ein immer größer werdender Niedriglohnsektor in Deutschland, Hartz IV, die Rente mit 67, Leiharbeit und Kürzungen bei Bildung, Gesundheit und Kultur – das steht hinter der „Stabilitätspolitik“, die zu Gunsten der deutschen Unternehmen und Banken betrieben wird.

Diese beiden Faktoren schaffen die „stabile Lage“ in Deutschland. Und die bürgerlichen Parteien wollen diese Stabilität aufrechterhalten. Doch mal ganz ehrlich, wer glaubt denn wirklich, dass die Folgen der Politik in Südeuropa, die maßgeblich von der deutschen Regierung mitbestimmt werden, Stabilität geschaffen haben? Was wird also passieren, wenn die Krise – und alles deutet darauf hin – erneut stärker wird?

Dann wird die Regierung des sozialen Angriffs bereit sein. Bereits jetzt wird hinter vorgehaltener Hand von deutschen Unternehmen und den Think Tanks der deutschen Kapitalist*innen eine Agenda 2020 gefordert. Das heißt Angriffe auf Löhne, Angriffe auf unsere Bildung etc. Diese Wahl entscheidet also nicht nur über die nächste Regierung, sondern auch wie stark ihre Parlamentsmehrheit bei den kommenden Angriffen in der Krise sein wird.

Linkspartei wählen, aber Widerstand aufbauen

Die einzige Partei, die sich oppositionell zum Sozialabbau in Deutschland

positioniert, ist die LINKE. Zwar stellt auch die SPD, genau wie die LINKE eine bürgerliche Arbeiterpartei, soziale Forderungen. Nach der Rot-Grünen Regierung, die Agenda 2010, Krieg und unsoziale Renten- und Gesundheitsreformen beschloss, glauben jedoch nur noch wenige, dass sie diese Politik auch für die gesamte Arbeiterklasse wirklich umsetzen will.

Die LINKE hingegen organisiert kritische Aktivist*innen und linke Wähler*innen. Viele ihrer Mitglieder sind in sozialen Bewegungen und Gewerkschaftsinitiativen aktiv. Sie glauben tatsächlich an die Forderungen ihrer Partei (Mindestlohn, Weg mit Hartz IV, Keine Rente mit 67, Raus aus Afghanistan) und wollen sie umgesetzt sehen. Sie sind aufgeschlossener für Kritik am Kapitalismus und bereit, Widerstand gegen Sozialabbau, Krieg und Entlassungen zu organisieren.

Doch die LINKE ist keine revolutionäre Partei, die wirklich Schluss mit diesem System machen will. Ganz im Gegenteil, sie schürt die Hoffnung, dass ihre Forderungen auf rein parlamentarischem Weg erreicht werden können. Insbesondere der Parteiapparat hat sich mit dem Kapitalismus arrangiert. Ihre Plakate, frei nach „Revolution? Nein, nicht mehr zeitgemäß“ beweisen das eindeutig.

Dass die LINKE kämpferischer wirkt, aber ihre reformistische Politik zu den gleichen Konsequenzen führt, wie die damalige SPD-Regierung unter Schröder, werden viele Wähler*innen erst erkennen, wenn sie im Parlament auf die Probe gestellt wird. Ähnlich wie in Berlin, wo sie in 10 Jahren Rot-roter Regierung 100´000 Wohnungen privatisierten und Proteste auf der Straße ignorierten oder unterdrückten. Wir sagen deshalb: Wählt die LINKE! Aber: Nehmt sie für ihre Forderungen beim Wort. Organisiert mit uns den Widerstand auf der Straße, in Schule, Uni und Betrieb für die Forderungen, für die wir sie gewählt haben!

Viele Forderungen, eine revolutionäre Organisation

Auch wenn die LINKE alle ihre Forderungen umsetzen könnte, der Kapitalismus würde bleiben. Krisen, Krieg und Armut kann die LINKE nicht weg reformieren. Es braucht eine revolutionäre Organisation, die die

einzelnen Kämpfe für soziale Besserungen, bessere Bildung und höhere Löhne mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbindet.

Gerade wir Jugendlichen sind von den Kürzungen in der Bildung, von Leiharbeit und prekären Arbeitsbedingen betroffen. In der Krise waren wir die ersten, die ihre Jobs verloren haben. In Europa liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 20%. Die nächste Krise wird weitere Einschnitte mit sich bringen. Daher brauchen wir eine unabhängige, revolutionäre Jugendorganisation. Allen unorganisierten Jugendlichen, aber auch denen, die in Solid´oder der autonomen Linken organisiert sind, muss klar sein, dass sie nie eine revolutionäre Politik betreiben können, solange sie an das Programm der LINKEN gebunden sind und solange es keine klassenkämpferische Opposition in sozialen Bewegungen sowie in den Gewerkschaften gegen den bürokratischen Apparat von SPD und LINKE gibt.

- Deshalb rufen wir alle zu gemeinsamen Aktion gegen die Krise, gegen Leiharbeit, Niedriglohn, für bessere Bildung und gegen Sozialabbau auf.

Im Widerstand betonen wir aber die Notwendigkeit einer internationalen revolutionären Jugendorganisation. Wir beteiligen uns an Umgruppierungsprozessen wie der „Neuen antikapitalistischen Organisation“, um eine revolutionäre Alternative, eine kommunistische Partei aufzubauen, die sich in Zukunft nicht nur an Wahlen beteiligen kann, sondern die Jugendlichen, die Arbeiter*innen und Arbeitslosen, Migrant*innen und Rentner*innen für ihre sozialen Bedürfnisse in Stadtteilkomitees, bei Streiks und letztlich in demokratischen Räten organisiert. Eine Partei, die all jene für die Revolution auf die Straße bringt.

Ein Artikel des Exekutivkomitees von REVOLUTION-Deutschland

31.08. – Naziaufmarsch in Dortmund verhindern!

Am 31.August rufen die Faschist_Innen wiederholt dazu auf, in Dortmund auf die Straße zu gehen. Unter dem Banner des Weltfriedenstages mobilisieren die Nazis jedes Jahr bundes- und europaweit, um ihre reaktionäre Ideologie unter die Massen zu bringen.

Mit dem Slogan „Nie wieder Krieg, nach unserem Sieg!“ versuchen sie, ihre Ziele wie die Zerschlagung sämtlicher Selbstverteidigungsorgane der Arbeiterklasse (Gewerkschaften, Arbeiterparteien und –organisationen) oder ihren Geschichtsrevisionismus massenfähig zu machen. Dabei wissen wir, dass die Opfer des 2. Weltkrieges, sowie bei jedem anderen Krieg auch, nicht einzelne Völker sind. In Wirklichkeit war das größte Opfer des größten Vernichtungskrieges aller Zeiten, in denen sich die Bourgeoisien um die Neuverteilung von Absatzmärkten bekriegten, das Weltproletariat!

Dabei ist Dortmund der bisher einzige Naziaufmarsch, der in den letzten Jahren nicht aufgehalten wurde.
Dies liegt zum einen an der starken rechten Szene in Dortmund und gesamt NRW, die im Bundesschnitt eine der
größten und gewalttätigsten ist. Zum anderen an der starken staatlichen Repression, die jedes Jahr auf Antifaschist_Innen in Dortmund von Seiten des Staates durch die Polizei ausgeübt wird. Um sich in ein besseres
Licht zu rücken, kam es letztes Jahr zu massiven Verbotsverfahren gegen Kameradschaften in Aachen, Dortmund, Hamm und Köln. Doch die gleichen Aktivist_Innen und noch weitere organisieren dieses Jahr erneut den Aufmarsch, dieses Jahr aber aus der neu gegründeten Partei „Die Rechte“ heraus.

Das Verbot ist ein Beispiel von bürgerlichem Antifaschismus und leider kein Einzelfall. Der bürgerliche Staat bekämpft durch seine Politik nicht den

Nährboden des Faschismus, er düngt ihn! Durch Spaltung und Unterdrückung der Arbeiterklasse kann diese Ideologie erst entstehen. Mittel wie Leiharbeit, Hartz 4, Hetzen gegen die „faulen Griechen, Spanier, Italiener und Portugiesen“ lenken nur vom Hauptwiderspruch ab, der durch die bestehenden Produktionsverhältnisse(Wir produzieren, Sie profitieren!) entsteht. Wirklicher Antifaschismus kann deshalb nur mit einer revolutionären Perspektive Erfolg haben!

Für einen erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus brauchen wir die Einheitsfront der ArbeiterInnenklasse, der Jugend und der Migrant_Innen. Der Kampf ebenjener vom Faschismus unterdrückten Schichten. Gemeinsam müssen wir Selbstschutzorgane, die unter demokratische Kontrolle arbeiten, aufbauen, um Faschos und Bullen aus unseren Kiezen zu verjagen.

Doch um diese Perspektive in der Praxis umzusetzen, muss auch eine Herangehensweise gegen die in Dortmund und bei anderen Gegenaktionen zu Naziaufmärschen aufgezeigt werden! Sitzblockaden sind kein geeignetes Mittel, um sich aktiv gegen faschistischen Terror auf der Straße zu wehren. Deshalb schließt euch mit uns in Dortmund und darüber hinaus zusammen und lasst uns den Naziaufmarsch zum Dilemma machen: organisiert, militant und massenhaft gegen Nazis und Kapitalist_Innen!

Die Kundgebung der Dortmunder Antifagruppen findet am Samstag ab 11:00 Uhr am Platz von Buffalo (gegenüber des U-Turms) statt.

Der Preis der billigen Braunkohle

Braunkohle ist eine ziemlich billige Art und Weise, Energie zu gewinnen. Grade deshalb stürzen sich kapitalistische Stromkonzerne wie RWE und Vattenfall auf die verbliebenen unterirdischen Kohleflöze in Deutschland.

Ein Ort, an dem es besonders viel Kohle gibt, ist der Hambacher Tagebau nahe Düren. Gerade an diesem Ort ist klar zu sehen, wie brutal und umweltfeindlich die Gier der Kapitalist°innen nach Profit zutage treten kann. Mittlerweile ist die Grube mehr als 8 km2 groß und wird noch immer erweitert. Die umliegenden Dörfer und der 12.000 Jahre alte, Hambacher Forst müssen weichen, allein das wäre ein Grund, die Unternehmung sofort einzustellen. Auch die gesundheitlichen Risiken für die Menschen, die in der Region leben, sind beachtlich, so steigen beispielsweise durch die massive Luftverschmutzung die Fälle von Lungenkrankheiten stark.

Auch die Langzeitfolgen des Kohleabbaus sind nicht zu unterschätzen. Die Kohlegrube ist schon jetzt Europas Klimakiller Nr. 1 – und wird immer noch erweitert. Die Kohle ist billig und bringt den Kapitalist°innen der Energiekonzerne Milliardenprofite ein. Doch der immens hohe Preis für die Gesellschaft in Form von Umweltzerstörung , Klimaschäden und den erhöhten Gesundheitsrisiken wird nicht von ihnen getragen.

Aus diesen Gründen wurde am 14. April der Hambacher Forst von Aktivist_Innen besetzt, die mit dieser Aktion die Thematik ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken wollten. Allerdings wurde das Besetzer-Camp im November 2012 von einem Großaufgebot der Polizei – im Wissen der Rot-Grünen Landesregierung – mittels brutaler Gewalt geräumt. Mittlerweile ist eine Wiese in der Nähe des Waldes besetzt, doch auch dort sind die Aktivist_Innen der Repression und Bedrohung durch RWE-Security und Polizei ausgesetzt. Die derzeitigen Zustände sind unhaltbar, politisch, ökologisch und sozial. Etwas muss sich ändern! Deshalb fordern wir:

- ·Enteignung der Energiekonzerne wie RWE und Vattenfall unter Kontrolle der Beschäftigten und Konsumenten! Zusammenführung der Strommonopolisten zu einem Stromkonzern unter Arbeiterkontrolle!
- ·Energiewende zugunsten von Jugendlichen, Arbeiter_Innen und der Umwelt!
- ·Schluss mit der Repression! Einstellung aller staatlicher Aktivitäten und Verfahren gegen Aktivist°innen der Bewegung.

Ein verantwortungsbewusster, nachhaltiger und vor allem demokratischer Umgang mit unserer Umwelt und den Ressourcen ist unvereinbar mit der allumfassenden Proftilogik des Kapitalismus. Wollen wir die globale Klimakatastrophe stoppen, müssen wir den globalen Kapitalismus überwinden!

Mursi ist am Ende, das alte Regime ist zurück

Nachdem der Oberste Militärrat am 3.Juli den Präsidenten Mursi gestürtzt und verhaftet hatte, protestieren seit Wochen in ganz Ägypten Anhänger der Muslimbrüder, sowie Gegner des Militärregimes aus anderen politischen Lagern, gegen den Putsch. Viele die anfangs am Tahrir-Platz das Ende der islamistischen Herrschaft feierten, sind schockiert von der rohen Gewalt, die das Militär gegen die Demonstant_innen einsetzt – am 14.8. wurden ihre Protestcamps brutal geräumt, mehrere hunderte wurden ermordet, tausende verletzt. Eine Welle der Wut über das Massaker fegte über Ägypten hinweg, Polizeistationen wurden angegriffen und besonders in Oberägypten viele Kirchen angezündet.

Der Sturz des ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi am 3. Juli wurde von einem Millionenaufstand erzwungen. Genau ein Jahr nach seiner Amtseinführung am 30. Juni 2012 hat Mursi den Großteil seiner ehemaligen Unterstützer_innen verloren. Gestürzt wurde er aber nicht von den Massen selbst, sondern durch einen Putsch des Obersten Militärrates, der zugleich eine neue Übergangsregierung einsetzte und beteuert, auf der Seite des Volkes zu stehen. Hier wiederholt sich eine Geschichte, die wir 2011 bereits erlebt haben – der Militärrat hat damals Mubarak zum Rücktritt gedrängt und selbst die Macht übernommen, mit dem Versprechen, Ausnahmezustand, politische Unterdrückung und Polizeiwillkür zu beenden. Doch warum sollten

die Massen diesmal den Generälen glauben, die nach Mubaraks Sturz bereits anderthalb Jahre lang herrschten und in Wirklichkeit das alte Regime aufrecht erhalten haben?

Im Februar 2011 feierten die Massen das Militär, das sich als ihr Verbündeter darstellte, und sich entschied, die Revolution nicht niederzuschiessen, sondern Mubarak fallenzulassen. Gleichzeitig verhalf ihnen diese Sympathie dazu, ohne Widerstand die Macht zu übernehmen. Der Oberkommandierende Mohamed Tantawi beließ zunächst Mubaraks Regierung im Amt. Der Ausnahmezustand wurde nicht, wie versprochen, aufgehoben, statt dessen gab es weiterhin willkürliche Verhaftungen. Nur vier Wochen nach Mubaraks Sturz protestierten erneut Massen gegen das Regime. Daraufhin, am 23. März 2011, erließ die Regierung ein neues Gesetz, wonach jeder Protest- oder Streikaufruf mit Gefängnis bestraft wird, wenn damit der Betrieb von staatlichen oder privaten Einrichtungen behindert werden soll. Viele tausend wurden von Militärtribunalen verurteilt. In die Zeit der Militärregierung fielen auch etliche Massaker gegen die Oppositionsbewegung, wie das Port-Said-Massaker vom 1. Februar 2012. Diese Ereignisse haben die Heuchelei, die Generäle stünden an der Seite der Massen, demaskiert.

Mursi hat im Juni 2012 die ersten Präsidentschaftswahlen (sehr knapp) gewonnen, weil er – als Kandidat der unter Mubarak unterdrückten Muslimbruderschaft – glaubwürdig versprochen hatte, den Staat von Mubaraks Gefolgsleuten zu säubern. Einer seiner „Erfolge“ war die Absetzung des verhassten Oberkommandierenden Mohamed Tantawi – auf den As-Sisi folgte, der ebenfalls viele Jahre unter Mubarak als General gedient hat. Abgesehen davon kann man vor allem bilanzieren, dass Mursi die Arbeiter_innenbewegung und Gewerkschaften entschieden bekämpfte und bewaffnete islamistische Banden gegen Demonstrationen einsetze, bzw. sie einfach gewähren ließ (ähnlich wie das alte Regime die „Mukhabarat“ einsetzte). All das hat gezeigt, dass er nur ein neuer Diener des alten Regimes ist – und er hat die Millionen gegen sich aufgebracht.

Viele haben den Putsch am 3. Juli begrüßt. Das ist verständlich schon alleine deswegen, weil unter Mursi alle Oppositionellen, sowie die koptische

Minderheit, der Gewalt von islamistischen Gruppen ausgesetzt waren und viele am 30. Juni eine blutige Konfrontation mit ihnen erwartet haben. Dennoch ist es naiv, die Armee für ihre Machtübernahme zu bejubeln, wo diese noch immer von Mubaraks Generälen geführt wird. In Wirklichkeit hat das alte Regime nie seine Macht abgegeben, sondern nur zeitweise das Bündnis mit den Muslimbrüdern gesucht, in der Hoffnung dass Ägypten so wieder "zur Ruhe" kommt.
Ägypten wird nicht zur Ruhe kommen, solange sich die politische und ökonomische Lage der Massen nicht verbessert – egal, ob nun die Regierung von einem General, einem Muslimbruder, einem Liberalen oder einem Nationalisten geführt wird. Die Massen werden nicht vergessen, was sie in den Kämpfen gegen Mubarak, Tantawi und Mursi an Opfern gebracht haben – sie sind zu groß um den Kampf nicht weiter zu führen und der Konterrevolution die Gelegenheit zu geben alle Errungenschaften wieder zurück zu nehmen. Die ägyptische Revolution hat auch mit vielen Mythen aufgeräumt, etwa dass das Bewusstsein in der arabischen Welt noch nicht "reif" für die Revolution sei und daher zwangsläufig die Islamisten gewinnen werden.

Gleichzeitig ist aber offensichtlich, dass die Revolution in einer schwierigen Lage steckt. Die Armee wird ihre Macht für nichts anderes als zur Verteidigung des alten Regimes einsetzen,
Die Polizei hat nach dem Putsch die größten Massaker seit der Revolution 2011 gegen Anhänger der Muslimbruderschaft verübt – bei Demonstrationen im Juli starben einige dutzende, beim Massenmord am 14. August einige hundert (offizielle Zahlen sprechen von über 600), als die Protestcamps vor der Rabaah al-Adawiya-Moschee ("R4BIA-Square") und am Nahda-Platz in Giza gewaltsam aufgelöst wurden. Die Muslimbruderschaft nutzt diese Ereignisse, um ihren "Opfermythos" zu pflegen. Schon alleine deswegen könnte es für die Linke fatal sein, wenn sie nun das Militärregime begrüßt oder verharmlost. Auch kann und wird sich die repressive Gewalt des Militärs wann immer notwendig für ihre Machterhaltung auch gegen jeglichen fortschrittlichen Protest und Arbeiter_innenkämpfe richten.

Die Tamarod-Kampagne war ein Schritt vorwärts für die Revolution, aber der

Putsch ist wieder einer von vielen Rückschlägen, die sich seit 2011 ereignet haben. Die Rückschläge – von der ersten Militärjunta über das Verfassungsreferendum 2011, die Wahl Mursis 2012, das zweite Verfassungsreferendum bis zum Putsch 2012 – drückten alle auch das Fehlen einer eigenständigen Politik der revolutionären Linken aus, die meist lediglich im politischen "Windschatten" von "liberalen" oder "progressiven" Nationalisten fuhr.

Längst nicht jede_r, der/die sich Revolutionär_in nennt, ist Revolutionär_in. Wer immer auch in der tiefsten Überzeugung den revolutionären Aufstand verabscheut, hat sich spätestens am 11. Februar 2011 „an die Seite des Volkes" gestellt, entweder aus Angst, oder in der Hoffnung, man könne aus der Niederlage des alten Diktators einen Vorteil gewinnen. Letzteres gilt sowohl für die Muslimbruderschaft, als auch für die „Liberalen" um Mohammed El Baradei. Ersteres gilt für den Militärrat selbst, aber auch für eine Menge reformistischer und stalinistischer Parteien, die heute das Militärregime für seine Verbrechen feiern. Sie sind, von einem kommunistischen Standpunkt betrachtet, das entscheidende Hindernis für den Sieg der Revolution. Deutlich wird das etwa bei der „Kommunistischen Partei Ägyptens". Sie positioniert sich noch weiter rechts als der pro-imperialistische Liberale El Baradei, und kritisiert ihn für seinen Rücktritt am 15. August: „Sein Rücktritt von der Position des Vizepräsidenten fand zwar unter sehr schweren Bedingungen statt, aber es ist eine Flucht vor seiner nationalen Verantwortung in Zeiten der Krise. […] Unsere Leute kämpfen gegen faschistische und terroristische Marionetten des Imperialismus. Dies erfordert die nationale Einheit und die volle Unterstützung für unsere ägyptischen Streitkräfte und die Polizei, so dass diese einen glänzenden Sieg für den Fortbestand, die Unabhängigkeit und die Einheit unseres Landes erringen mögen."

Der Oberste Militärrat hat die Situation geschickt ausgenutzt: Die Massen auf den Straßen sah er als Gelegenheit sich an die Spitze der Bewegung zu setzen (mit Lügen wie "The army and the people are one"), diese damit zu instrumentalisieren und damit ihre eigenen Taten zu legitimieren, also zu behaupten "im Sinne des Volkes" gehandelt zu haben. So rief As-Sisi am

26.7. die Massen auf, auf die Straße zu gehen und ihm das Mandat zu geben, gegen “Gewalt und Terrorismus” zu kämpfen. Nach dem Massaker am 14.8. wird nun die R4BIA-Bewegung, immer größer (z.B. auch von Erdoğan und vielen Türk_innen), viele Ägypter_innen erklären sich solidarisch mit den Protestierenden, die von der Polizei massakriert wurden und schließen sich den Muslimbrüdern an – doch auch eine drittes Lager formierte sich nach dem Staatsstreich: Am Sphinx-Platz bildet sich der sogenannte “third square”, wo sowohl gegen die Muslimbruderschaft, als auch das Militär protestiert wird. Getragen wird der Protest von revolutionären Gruppen wie dem 6th of April Youth Movement, das die Revolution 2011 angestoßen hatte – vor allem viele Jugendliche haben die Repression von beiden Seiten satt und wollen die wirklichen Ziele der Revolution umsetzen. Sie sind nur ein paar hunderte bisher, aber könnten durch die jüngsten Ereignisse bald mehr Zulauf bekommen.

Das Fundament der Revolution sind die Arbeiter_innen – sie können enormen Druck auf jede Regierung ausüben, durch Streiks die Wirtschaft lahmlegen und wenn auf ihre Forderungen nicht eingegangen wird, die Produktion unter eigener Kontrolle weiterführen. Sie müssen sich in Räten organisieren, die als demokratische Diskussions- und Entscheidungsorgane dienen, die Proteste und Generalstreiks organisieren können um die Regierung in die Knie zu zwingen. Auch die Bauern und Bäuerinnen, revolutionären Jugendlichen und einfachen Soldaten müssen Räte bilden – die Soldatenräte müssen Angriffe auf Demonstrationen verweigern, also die Befehlsgewalt der Generäle von der Basis her zerbrechen. Sie müssen auch die Verteidigung der Kopt_innen
und ihrer Kirchen gegen Islamistische Angriffe und das Zurückschlagen sexistischer Gewalt gegen Frauen organisieren. Männer und Frauen, Muslim_innen und Kopt_innen müssen gemeinsam gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen – dabei muss jeglicher Chauvinismus innerhalb der revolutionären Bewegung entschieden bekämpft werden und besondere Rücksicht auf unterdrücktere Schichten innerhalb des Proletariats genommen werden.
Die Räte haben die Aufgabe, die Forderungen der unterdrückten Massen selbst zu diskutieren, zu entscheiden und zu erkämpfen, anstatt immer

wieder an die eine oder andere bürgerliche Fraktion zu appelieren, sich für ihre Interessen einzusetzen. Das ist das einzige Rezept, um zu verhindern, dass der nächste Aufstand wieder von bürgerlichen Kräften verkauft wird. Nur so können die arbeitenden Massen mit dem alten Regime zu brechen – denn der SCAF (Soupreme Council of the Armed Forces) wird sich nicht so einfach von einer zukünftigen Regierung (sofern sie das überhaupt will) zurück drängen lassen. In ihm lebt die Diktatur von Mubarak weiter, solange nicht die Mörder und Verbrecher vor ein demokratisches, von den Räten kontrolliertes, Gericht gestellt werden.

Um die Revolution zu vollenden, müssen die Massen die Macht der Armee brechen. Um die dringenden Bedürfnisse der Armen zu stillen muss eine Arbeiter_innen und Bauern_Bäuerinnenregierung gebildet werden, die die Militärelite und nationale sowie imperialistische Bourgeoisie enteignet und die Produktion auf Bedürfnisse auslegt statt auf Profit. Die Medien müssen den Massen als Sprachrohr dienen und dem alten Regime entrissen werden. Der Landbesitz muss den Großgrundbesitzern entrissen werden und in die Hände derer gelegt werden, die es bewirtschaften. Kurz – die unterdrückten Klassen müssen die Macht der Bourgeoisie und des alten Staatsapparates zerbrechen, während sie ihre eigenen Machtorgane aufbauen.

Die große Depression

1929 ging die Krise, welche Europa in die Armut und einige Jahre später in Faschismus und imperialistischen Krieg trieb, als „Große Depression“ in die Geschichte ein. Knapp ein Jahrhundert später erleben wir erneut eine solche Depression. Doch heute wie damals bedroht sie nicht nur die Ökonomie, sondern auch die mentale Gesundheit von Millionen von Menschen.

Psychische Erkrankungen verursachten im Jahr 2009 Kosten in Höhe von 136 Milliarden Euro in der EU. Der EU-Gesundheitsexperte Michael Hübel

erklärte, der Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein einer Krise und mehr psychischen Erkranken sei statistisch nachweisbar. Gleichzeitig sparen aber viele Staaten im Gesundheitssektor.

Die serbische Gesundheitsministerin Slavica Djukic Dejanovic prophezeite letztes Jahr, dass bereits 2020 Depressionen die zweithäufigste Ursache für das Fehlen am Arbeitsplatz sein werden. In Serbien kommen auf 7,2 Millionen Einwohner lediglich 350 geprüfte Psychotherapeuten und 900 Psychiater, der Bedarf ist 10 Mal so hoch. Dieser Mangel wird mit Beruhigungsmitteln kompensiert. Allein im Jahr 2011 wurden 4,3 Millionen Schachteln Bromazepam verschrieben, wovon 3 Millionen illegal verkauft wurden.

Ein Drittel der Bevölkerung leide unter psychischen Beschwerden in Folge der Wirtschaftskrise, die zu Arbeitslosigkeit und wachsender Armut führte, sagte Nadja Maric Bojovic, die Leiterin der Belgrader Klinik für Psychiatrie ist. Auch die Zahl der Suizide spricht für sich. Statistisch gesehen bringen sich jeden Tag 4 Serben um, womit das Land international an der 13. Stelle liegt. Die älteren Generationen sind ebenfalls von Traumata durch die Balkankriege und die NATO-Bombardements betroffen, hinzu kommen die materielle Not, die durch internationale Wirtschaftssanktionen zwischen 1992 und 2000 hervor gerufen wurde. Die Arbeitslosenquote lag im Jahr 2012 in Serbien bei 25,5 Prozent.

Aber man muss gar nicht aus Mitteleuropa raus, um schockierende Zahlen zu finden. Eine Studie in Österreich ergab, dass dort die Zahl der psychisch Kranken zwischen 2009 und 2011 um 22 Prozent gestiegen sei. Im Laufe eines Jahres sind 900.000 ÖsterreicherInnen wegen psychischen Leiden in Behandlung gegangen, wovon 46 Prozent im arbeitsfähigen Alter sind. Viele können danach aber ihre Arbeit nicht wieder aufnehmen, 44 Prozent aller Frühpensionen wurden 2011 wegen psychischen Problemen begonnen. Im Jahr 2005 waren es 24 Prozent. Am stärksten betroffen sind Jugendliche, Arbeitslose und Frauen. Zwei Drittel aller Patienten, die Antidepressiva einnehmen, sind weiblich.

In dem Land, das von der Krise am härtesten getroffen wurde, stieg die

Selbstmordrate um ein Drittel. Griechenland war 2008 mit knapp 300 Suiziden das europäische Land mit der niedrigsten Quote, zwischen 2010 und 2012 nahmen sich schon 2000 Griechen das Leben. Es gibt auch bekannt gewordene Fälle, beispielsweise der eines 45-Jährigen, der sich vom Hügel der Akropolis stürzte, oder eines 77-Jährigens Rentners, der sich auf dem Syntagma-Platz erschoss. In ihrem Abschiedsbriefen sagen sie, sie wollen nicht darauf warten, etwas Essbares im Müll zu finden,
sondern lieber würdevoll sterben.

Gedenken an den Rentner, der sich auf dem Syntagma-Platz das Leben nahm

Die offiziellen Zahlen können jedoch sehr stark von der Dunkelziffer abweichen, denn Suizid ist in Griechenland immer noch ein Tabuthema. 97 Prozent der Bevölkerung sind griechisch-orthodoxen Glaubens und die Kirche verweigert im Falle eines Suizids ein christliches Begräbnis. Deshalb werden viele Fälle als Unfall deklariert.

So simpel es auch klingen mag, all diese Fakten beweisen eins: Kapitalismus macht krank!
Während der letzten Jahre in der Krise wurden etliche Menschen an den sozialen Abgrund getrieben. Sie verloren ihren Arbeitsplatz, ihre Wohnung und jegliche Möglichkeit Familie und Freunde zu besuchen. Verliert man seinen Job, verliert man nicht nur das finanzielle Einkommen, sondern
auch die Möglichkeit, sich einfach mit den KollegInnen auf der Arbeit zu unterhalten und die gewerkschaftliche und politische Organisierung wird unheimlich erschwert. Man wird aus der Gesellschaft ausgeschlossen und die Medien tragen ihr übriges dazu bei, dass das Bild des „schmarotzenden Arbeitslosen, der sowieso keine Lust auf seinen Job hat“ schön erhalten bleibt.

Auch der europäische Lebensstandard ist mittlerweile rapide gesunken, die „Würde des Menschen“ wird nun auch hier mit Füßen getreten. Es ist

verständlich, dass man in solch einem mentalen Zustand nicht immer sofort in der Lage ist, sich zu organisieren, an Veranstaltungen und Demonstrationen teilzunehmen. Aber es ist die Aufgabe der bestehenden revolutionären Organisationen öffentlich Präsenz zu zeigen, den Menschen einen Ausweg aus ihrer Not zu bieten und sie gegen das zu organisieren, was sie kaputt macht: Gegen das kapitalistische, ausbeutende und mordende System und all diejenigen, die es aufrecht erhalten.

Svenja Spunck, REVOLUTION Berlin

Internationales Revolution Camp – Heute geht es los!

Bald ist es so weit. Ab Donnerstag um 15.00 Uhr beginnt unser internationales Camp, das dieses Jahr in Berlin auf dem Zeltplatz Saatwinkel stattfindet. Hier könnt ihr unseren Campplan einsehen. Es gibt nach wie vor die Möglichkeit Tickets zu kaufen, falls ihr beispielsweise aus Berlin kommt, könnt ihr natürlich auch Tagestickets kaufen für einen Preis von 10 Euro. Falls ihr nur abends kommen wollt, ist der Preis natürlich verhandelbar.

Genauere Informationen über die Anreise zum Camp, das in Reinickendorf stattfindet, gibt es wenn ihr euch an unsere E-Mail Adresse germany[ät]onesolutionrevolution.de meldet, sowie unter der Seite mit den Campinformationen.

Uhrzeit	01.08.2013 (Donnerstag)
03.00 Uhr	Einlass
04.00 Uhr	Begrüßung, offenes Plenum und Wahl des Camp Komitees

05.00 Uhr	Eröffnungspodium: “Jugendunterdrückung und Kapitalismus – Welches Programm braucht eine unabhängige Jugendorganisation?”			
07.00 Uhr	Abendbrot			
08.00 Uhr	Revolutionäres Quiz			
Uhrzeit	02.08.13 (Freitag)			
08.00 Uhr	Frühstück			
10.00 Uhr	Kommunistische Schulpolitik: “Der Charakter von Streikkomitees, Schülervertretungen und die Notwendigkeit revolutionärer Zellen“	Kommunistischen an der Uni: “Wie können Studenten für die Arbeiterbewegung und den wissenschaftlichen Sozialismus gewonnen werden?”		Kommunistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit
01.00 Uhr	Mittagessen			
02.00 Uhr	Workshop: „Wie schreibe ich einen Artikel?“	Workshop: “Wie halte ich eine Rede?”	Workshop: “Das revolutionäre Banner – Wir machen es.”	Lesekreis: “Die Permanente Revolution”

04.00 Uhr	Workshop: Spanien: Indignados und Real Democracy Now und die revolutionäre Bewegung.	Workshop: “Revolution ohne Macht? Anarchismus und die Niederlage der spanischen Revolution in den 1930ern”	Lesekreis: “Wie funktioniert Kapitalismus – Grundlagen der marxistischen Ökonomie´”
05.30 Uhr	Workshop: „Großbritannien – Wie die Studierenden gegen Kürzungen und Regierung kämpften?“	Workshop: “Drogenbefreiung oder Befreiung von den Drogen?”	
07.00 Uhr	“Taktiken – Wie organisieren wir uns auf Demonstrationen”	Grillen	

Uhrzeit	03.08.2013 (Samstag)		
08.00 Uhr	Frühstück		
10.00 Uhr	Workshop: “Verratene Revolution – Wie kam der Stalinismus in der Sowjet Union an die Macht?”	Workshop: „Imperialistisches China – von Mao zum Markt“	Lesezirkel: Materialismus und Dialektik als Philosophie
11.30 Uhr	Workshop: “Griechenland und die Misere von Antarsya, KKE und Syriza – Wie kann für eine revolutionäre Partei gekämpft werden?”	Workshop: “Pakistan, ein Land im Griff des Imperialismus – welche Strategien braucht es für eine alternative Arbeiterpolitik?”	
01.00 Uhr	Mittagessen		
02.00 Uhr	Revolutionäres Frauenkollektiv	Antisexistisches Männertreffen	
05.30 Uhr	Workshop: “Russische Revolution – Wie die Frauen gegen Zar, Krieg und Kapitalismus kämpften.”	Workshop: “LGBT-Gleichberechtigung– Wie kämpfen wir dafür?“	“Sexismus und revolutionäre Organisation – Wie kämpfen wir dagegen in unseren eigenen Reihen?”

07.00 Uhr	Abendbrot		
08.00 Uhr	Diskussionsrunde zum arabischen Frühling	Diskussionsrunde zu Lateinamerika	
Uhrzeit	04.08.13 (Sonntag)		
08.00 Uhr	Frühstück		
10.00 Uhr	Workshop: “Faschismus in Europa – Wie organisieren wir den Widerstand am Beispiel der griechischen Goldenen Morgenröte”	Workshop: “Europas extreme Rechte – Wie geht man gegen Rechtspopulismus an?”	
12.00 Uhr	Plenum: “Wie war das Camp?”		
01.00 Uhr	Mittagessen		
02.00 Uhr	Abschlusspodium: “Die imperialistische EU in der Krise – Wie kämpfen wir für die vereinigten sozialistischen Staaten von Europa?” mit Sprechern von Arbeitermacht und REVOLUTION		

Campplan_endgültig#2deutsch

Fight Gentrification – aber mit welcher Art von Bewegung?

Natürlich wird ein Großteil der Leser nun vermuten, die sozialistische Weltrevolution sei unsere Antwort und ein Universalheilmittel für alle Probleme. Ist sie auch. Aber wie können wir den aktuellen Widerstand gegen steigende Mieten mit ihrer Ursache, dem Kapitalismus verbinden? Der erste Schritt muss es sein aus der individuellen Betroffenheit, zu gemeinsamen Protesten zusammenzukommen. Blockaden gegen Zwangsräumungen, Verteidigung alternativer Freiräume, Demonstrationen gegen steigende Mieten, dort müssen wir zusammenkommen, um eine Bewegung aufzubauen. In diese Bewegungen müssen wir versuchen die Mietervereine und

Gewerkschaften zu bringen. Sie haben hunderttausende Mitglieder, die ein soziales interesse daran haben eine Bewegung gegen steigende Mieten aufzubauen. In jedem Kiez, bei jedem Protest müssen wir dafür eintreten, dass sich Komitees der Aktivist*innen und beteiligten Organisationen gründen, die offene Diskussionen und die demokratische Kontrolle der kommenden Aktionen planen. Das es immer noch viele gibt, die Illusionen in Parteien wie SPD oder LINKE haben, ist unserer Meinung ein Problem. Ihre Politik stoppt die Gentrifizierung nicht, sie hat den Kapitalist*innen in den letzten zehn Jahren satte Profite und uns steigende Mieten gebracht. Aber dort, wo sie unterstützenswerte Forderungen, wie die Einführung von Mietobergrenzen aufstellen nehmen wir sie beim Wort. Wir fordern die Mobilisierung auf der Straße von ihnen ein. Setzen sie das nicht um, muss ihre Basis die Schlussfolgerung ziehen, eine revolutionäre Perspekitve aufzugreifen, die nicht nur verspricht, sondern realen Widerstand organisiert. Dieser Widerstand beginnt gegen Zwangsräumungen, die Privatisierung von Wohnungen oder die Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus. Aufhören kann er erst, wenn das Privateigentum an Wohnhäusern aufgehoben ist, wenn die großen Baufirmen und Immobilienfirmen entschädigungslos enteignet wurden. In allen betroffenen Bezirken müssen Veranstaltungen und Diskussionen organisiert werden, welche weitergehenden Forderungen wir als Bewegung aufstellen.

Höhere Löhne, Geringere Mieten

Wir sind für die Einführung von Mietobergrenzen, die an die Inflationsrate gekoppelt sind. Doch günstige Mieten allein lösen das Problem nicht, wenn wir immer ärmer werden. Wir kämpfen für höhere Löhne, einen Mindestlohn von 12 Euro und ein Mindesteinkommen für Arbeitslose von 1600 Euro im Monat. Die Gewerkschafts- und die Mieterbewegung gehört genauso zusammen, wie die Arbeitslosen- und die Arbeiterbewegung.

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser

Einsicht der Mieter*innen, der Mietervereine und Gewerkschaften in die Geschäftsbücher der Vermieter und Immobilienkonzerne, um überprüfen zu können, welchen Wert die Häuser tatsächlich haben, ob Mietsteigerungen

ökonomisch “gerechtfertigt” sind. So kann die Arbeiterbewegung auch lernen, wie die Wirtschaft funktioniert, um sie den Kapitalist*innen zu entreißen.

Besetzen, Enteignen, Arbeiterkontrolle

Wir sind für die entschädigungslose Verstaatlichung aller Wohnungen, die unter Rot-Rot privatisiert wurden. Alle Investoren und Unternehmen, die Wohngebäude vom Markt zurückhalten oder vernichten, um die Mietpreise in die Höhe zu treiben, müssen ebenfalls enteignet werden. Das wird nicht freiwillig geschehen. Dafür braucht es eine große Besetzungsbewegung, die von Mietervereinen, Gewerkschaften, linken Jugend-, und Arbeiterorganisationen getragen wird. Diese Gebäude sollen zwar dem Staat gehören und durch ihn saniert werden, aber unter der Kontrolle der Bewohner*innen und der Bewegung stehen.

Günstige Wohnungen und Kultur, bezahlt durch die Reichen

Wir sind für die Wiederaufnahme des sozialen Wohnungsbaus und ein Projekt, dass neuen und günstigen Wohnraum in der Innenstadt, sowie kulturelle und soziale Angebote in den Randbezirken schafft. Das soll aber nicht durch die Steuererhöhungen für die breite Bevölkerung und die Arbeiterklasse finanziert werden. Das sollen die Kapitalist*innen durch progressive Steuern auf ihren Reichtum und ihre Gewinne in der Bau- und Immobilienbranche bezahlen.

Georg Ismael und Ali, REVOLUTION-Berlin

Verdrängung und steigende Mieten – Woher kommt Gentrifizierung?

Ein Gespenst geht um auf der Welt – Das “Gespenst Gentrifizierung”. Wo gibt es noch Bezirke in denen die mieten nicht drakonisch erhöht werden? Wo sind Jugendclubs oder alternative Bars, wie die BAIZ, nicht von Schließung bedroht? Wer von uns kennt nicht das Gefühl, dass die Stadt in der wir leben, immer teurer wird ?

Selbst bürgerliche Medien, wir vor kurzem der “Berliner Kurier”, sehen sich aufgrund des steigenden Unmuts in der Bevölkerung dazu gezwungen über Verdrängung, steigende Mieten und Lebenshaltungskosten in der Berliner Innenstadt zu berichten. Was die Ursache für diese “Gentrifizierung” ist, und vor allem wie wir Widerstand dagegen aufbauen können: Darüber schweigt die Presse, schweigen auch die “linken” Politiker von SPD oder Linkspartei.

Dabei waren Anfang der 90er Jahre die Mieten, insbesondere in Bezirken wie dem Prenzlauer Berg noch relativ gering. Dort lebten viele Arbeiterfamilien mit geringem Einkommen. Nach der Wende folgten wurde der Prenzlauer Berg zu einem Symbol für die Hausbesetzer Bewegung. Viele Studenten und Künstler, die Seite an Seite mit Arbeiter*innen leben prägen die alternative Dissidentenszene, mit Kneipen, Cafe´s und linken Wohnprojekten.

Der wirtschaftliche Aufschwung in Berlin führte allerdings dazu, dass das Stadtzentrum auch für größere Investitionen interessant wurde. Während Teile der Bevölkerung durchaus von dieser Situation profitierten, traf sie vor allem die Arbeiter*innen, Jugendliche, verarmte Rentner*innen, Migrant*innen und Erwerbslose.

Auch die Rolle von SPD und der LINKEN, die zehn Jahre lang die Stadtregierung stellten, sollte dabei nicht vergessen werden. So ließen sie 2004 die GSW und über die letzten zehn Jahre insgesamt einhunderttausend Wohnungen privatisieren. Während die Gewinne der mittlerweile privaten

GSW 2012 um 30 Prozent auf 143,3 Millionen Euro stiegen, stiegen auch die Mieten. Im Durchschnitt erhöhten sich die Mieten von 2009 zu 2011 um 8,34 Prozent. Im unsanierten Altbau waren es sogar 17,5 Prozent.

Das eigentliche Problem ist dabei nicht einmal die Mietsteigerung an sich. Diese findet zwangsläufig, allein schon aufgrund der Inflation statt – und wird es so lange wir im Kapitalismus leben. Auch sind die Mieten in Berlin im Vergleich zu anderen Großstädten in Deutschland oder Europa nach wie vor recht niedrig. Aber während die Mieten gestiegen sind, sind die Löhne stagniert oder sogar gesunken. Reaktionäre Gesetze wie Hartz IV machen es vielen Erwerbslosen unmöglich eine Wohnung in der Innenstadt zu finden.

Trotzdem: die Investoren im Immobilienbereich betreiben viele Sauereien! Die Mieten steigen nicht zuletzt deswegen so dramatisch, weil keine neuen, günstigen Wohnungen gebaut werden. Viele Politiker verraten sogar offenherzig, dass günstige Wohnungen eingerissen werden, um die Durchschnittsmieten in die Höhe zu treiben! Deswegen müssen viele von uns in die Randbezirke, mit schlechtem Nahverkehr, kaum Freizeitangeboten für Jugendliche und längeren Schul- und Arbeitswegen ziehen.

Aber die „Miethaie“ sind nicht besser oder schlechter, als die Kapitalist*innen in der Produktion oder in der Dienstleistung, die dafür verantwortlich sind, dass unsere Löhne sinken, wir unbezahlte Praktika machen müssen oder unsere Sozialhilfe gekürzt wird. Gentrifizierung ist also einfach „nur“ kapitalistische Wohnraumpolitik.

Wenn die „Miethaie“, mit ihren Investitionen hohe Renditen erzielen wollen. Wenn sie Wohnraum zerstören, um Profite zu machen und arme Jugendliche, Rentner*innen oder Arbeiter*innen vertreiben, lasst uns Widerstand organisieren. Aber unser Kampf darf nicht nur gegen Gentrifizierung oder Privatisierungen geführt werden. Er muss mit dem Kampf in den Betrieben zu einer Bewegung gegen die kapitalistische Stadt, für eine selbstverwaltete, sozialistische Stadt verbunden werden.

Ein Artikel von Ali, REVOLUTION-Berlin

Veranstaltung in Stuttgart: Putsch in Ägypten – Wie weiter mit der Revolution?

Am 3. Juli hat der ägyptische Militärrat das Ende von Mursis Präsidentschaft erklärt – nicht aber wegen seiner reaktionären Politik.Vielmehr übernimmt die Armeeführung nun zum zweiten Mal selbst das Ruder, um die Revolution zu enthaupten und das alte Regime zu retten. Der verständliche Jubel über die Entmachtung von Präsident Mursi darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Generäle lediglich eine andere Fraktion der herrschenden Klasse repräsentieren.Als revolutionäre KommunistInnen sind wir der Meinung, dass nur eine Regierung der ArbeiterInnen und Bauern mit dem alten Regime brechen kann. Auf unserer Veranstaltung werden wir einen Überblick über die derzeitige Situation in Ägypten geben. Im Anschluss wollen wir mit euch diskutieren, auf welchem Weg die Ziele der Revolution erreicht werden können und welche
Schritte dafür nötig sind.
Eine gemeinsame Veranstaltung von REVOLUTION und der Gruppe Arbeitermacht Falkenbüro, Wagenburgstraße 77
Montag, 15.Juli 2013, Beginn um 19:45 Uhr

Solidarität mit der Antikapitalistischen Aktion Bonn

[AKAB]

Solidarität ist eine Waffe!

Gegen Krieg, Repression, Spaltung und Ausbeutung!

Am 5. Juni wurde eine Genossin, die der Antikapitalistischen Aktion Bonn[AKAB] zugehörig sein soll, beim Kleben von Plakaten festgenommen. Die Aktion richtete sich gegen den Bundeswehrgeneral Klein. Das war der Anlass für eine sofortige Wohnungsdurchsuchung und stundenlange Verhörmaßnahmen.

Das „wilde“ Plakatkleben stellt im härtesten Fall eine Ordnungswidrigkeit dar. Die Reaktion der Festnahme, Hausdurchsuchung und Verhör stellt den tiefsten Eingriff in die Grundrechte dar und ist selbst nach dem formalen bürgerlichen Recht unverhältnismäßig und damit illegal. Das ist die alltägliche Praxis der BRD und der inneren Sicherheitsorgane gegen Meinungsfreiheit. Das ist der Umgang dieser und aller kapitalsitischen „Demokratien“ mit Kritik.

Klein, der für die Luftangriffe auf zwei benzinbeladene, gekaperte und abegestellte Tanklaster am 4.September 2009 in Kundus verantwortlich ist, bei denen rund 150 Zivilisten zu Tode kamen. Zivilisten, Arbeiter_Innen, die in den Tanklastern keine potentiellen Bomben, sondern Grundversorgungsgüter in einer durch imperialiste Kriege zerstörten Region sahen. Der Untersuchungsaussuch sprach von „Verfahrensfehlern“. Konkret war es Mord!

Genau dieser General wurde Ende 2012 nun zum Abteilungsleiter im Personalmanagement der Bundeswehr und somit zum Brigadegeneral befördert. Eine von der Bundeswehr und vielen Parteien sehr gelobt Entscheidung. Das zeigt die strategische Ausrichtung der BRD und EU in der „Sicherheits, Verteidigung- und Außenpolitik“.

Gegen die Person Klein und vielmehr den Imperialismus und seine Repressionsorgane, wie Militär und Polizei, richtet sich die Kampagne der

AKAB.

Allein seit 2001 ist die Bundesrepublik Deutschland in 33 militärische Auslandseinsätze in Ländern wie Afghanistan, Kuwait, Georgien und vielen weiteren Ländern im Einsatz. Einsätze bei denen meist im Namen des Demokratieexports und des Friedens Länder besetzt, Marionettenregieme eingeführt, Ressourcen, Märkte und Produktion unter eigene Kontrolle gebracht werden.

Doch „Demokratieexport“ ist auch „Importware“, denn auch vor Ort wird alles unternommen um Widerstand gegen das kapitalistische System zu unterdrücken. Egal ob in Frankfurt versucht wird während der Blockupyproteste die Aktivist_Innen in gut und böse zu spalten, ob in Dresden Tim dank der Worte „kommt nach vorn!“ alle Schäden für die Gegendemonstration in Dresden 2011 angelastet bekommt oder in Bonn Genoss_Innen beim plakatieren verhaftet werden, die Wohung durchsucht wird und sie stundenlang repressiven Verhörmethoden zum Opfer fallen.

Betroffen sind einzelne, gemeint sind wir alle! Sie wollen uns Angst machen, doch sie werden nur Hass ernten. Ihre Angriffe zeigen nur ihre Furcht vor unserer Einheit, denn in Zeiten historischer Krisen, in denen Krisenlasten auf den Rücken der Arbeiter_Innen und Jugendlichen abgeladen werden, zeigt sich eines immer deutlicher, die Klassenherrschaft, in der wir leben. Eine Klassenherrschaft, die es zu entlarven gilt.

Deshalb solidarisieren wir uns mit der AKAB, ihrer Kampagne gegen General Klein und gegen die daraus folgende staatliche Repression.

• Freiheit für alle politischen Gefangenen! Gegen politische Kriminalisierung, für Meinungsfreiheit durch Wort und Plakat! Für die Zerschlagung der staatlichen Repressionsorgane, wie Klassenjustiz, Polizei u. Militär! Sicherheit durch demokratische Einheiten ziviler Selbstverteidigung (Arbeitermiliz).

• Solidarität ist eine Waffe! Für die breite Aktionseinheit der Arbeiterklasse, Jugend, Migrant_Innen und anderer Unterdrückter des sozialen Widerstandes gegen Repression, politische Verfolgung und Klassenjustiz.

• Demokratische Rechte in Militär, Polizei und Staatsapparat erkämpfen! Soldatenkomitees aufbauen! Für das Recht auf Rede-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit und Befehlsverweigerung! Für jederzeit wähl- und abwählbare Offziere und Funktionen durch Soldatenversammlungen!

• Installation einer unabhängigen Überwachungsorganisation aus wähl- und abwählbaren Delegierten der Sozialen Bewegung und Friedensbewegung (Gewerkschaften, Betrieben, NGOs und Friedensinitiativen) zur Kontrolle und Sicherung der Rüstungsproduktion, militärischen Gütern und Forschung.

One solution – Revolution!